

Ruhrwirtschaft

115. Konjunkturbericht | Herbst 2025

Unzufriedenheit mit Politik wächst – Stimmungstief verfestigt

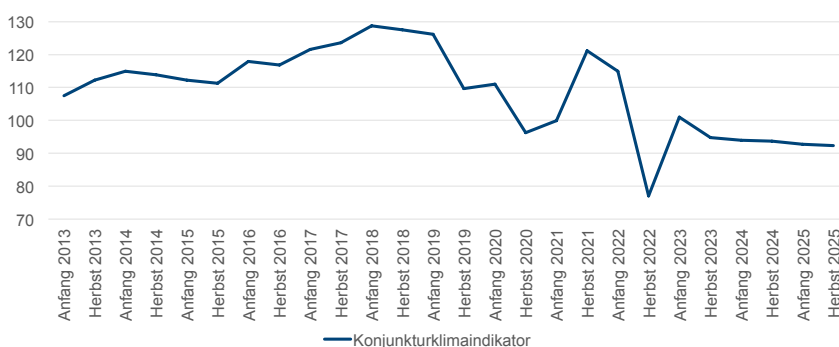
Konjunkturklima

Die Unternehmen und Betriebe im Ruhrgebiet verharren im Stimmungstief. Hauptgründe dafür sind unter anderem die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingun-

gen, steigende Arbeitskosten, der anhaltende Fachkräftemangel sowie eine schwache Inlandsnachfrage.

Zu diesen Ergebnissen kommt der 115. Ruhrlagebericht. An der Umfrage der Ruhr-IHKs haben rund 750 Unternehmen mit über 85.000 Beschäftigten teilgenommen. Im Vergleich zum Vorjahr ist der IHK-Konjunkturklimaindex gesunken und liegt bei 92,3 Punkten (Herbst 2024: 94 Punkte). Damit stagniert der Index bereits zum fünften Mal in Folge auf niedrigem Niveau. Auffällig ist vor allem die große Unzufriedenheit mit den politischen Gegebenheiten.

Konjunkturklima



— Konjunkturklimaindikator

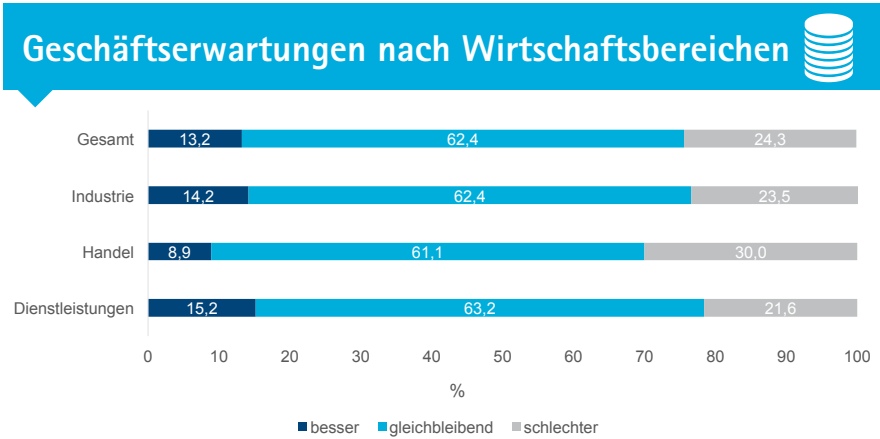
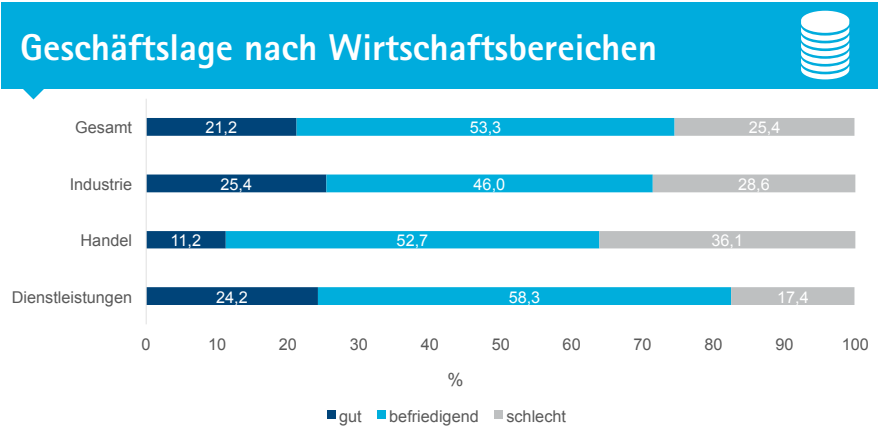
Ruhr IHK

Industrie- und Handelskammern
im Ruhrgebiet

Geschäftslage mit sinkenden Tendenzen

Im Vorjahresvergleich stufen rund drei Prozentpunkte weniger Unternehmen die Geschäftslage als gut ein (Herbst 2025: 21 Prozent / Herbst 2024: 24 Prozent). Jeder zweite Betrieb bewertet die Lage als

befriedigend. Die Anzahl der Unternehmen, welche die Geschäftslage als schlecht einschätzen, steigt im Jahresvergleich leicht an und liegt bei 25 Prozent (Herbst 2024: 23 Prozent).

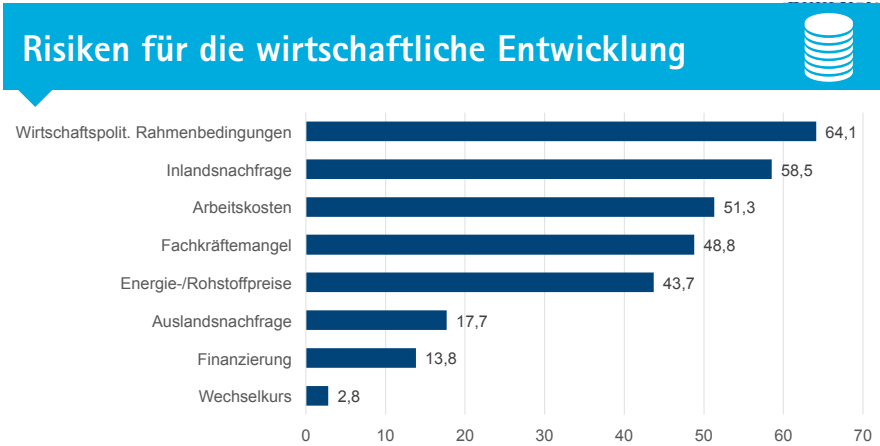


Geschäftserwartungen stabilisieren sich minimal

Lediglich 13 Prozent der befragten Unternehmen gehen von einer besseren Geschäftsentwicklung aus. Das entspricht einem Minus von rund drei Prozentpunkten im Vergleich zum Herbst 2024. Gleichzeitig kalkulieren 62 Prozent stabile Geschäftserwartungen (Herbst 2024: 56 Prozent). Knapp ein Viertel der Betriebe blickt pessimistisch in die Zukunft und damit rund vier Prozentpunkte weniger als im Vorjahresvergleich.

Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung

Zu den größten Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung zählen die Betriebe



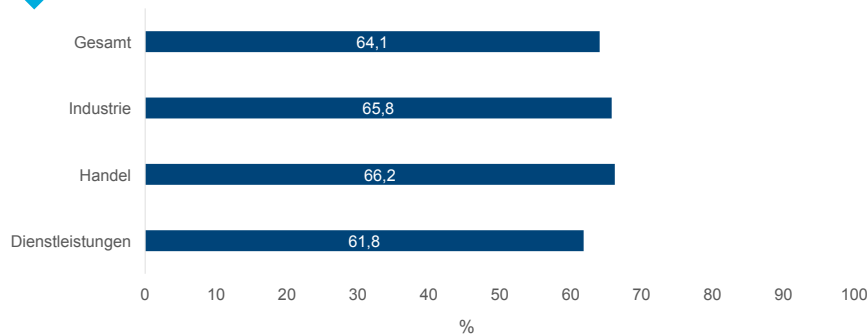
wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen, Inlandsnachfrage, Arbeitskosten sowie Fachkräftemangel. Das Risiko steigender Arbeitskosten wird dabei um vier Prozentpunkte höher betrachtet als im Herbst 2024. Um vier Prozentpunkte weniger riskant stufen die Befragten den Fachkräftemangel ein (Herbst 2025: 49 Prozent / Herbst 2024: 53 Prozent). Hohe Energie- und Rohstoffpreise empfinden 44 Prozent der Unternehmen als Unsicherheit. Darüber hinaus nehmen Finanzierungssorgen zu: Diese liegen bei 14 Prozent und damit um drei Punkte höher als im Vorjahr.

Der stärkste prozentuale Zuwachs bei den Risikofaktoren ist bei den wirtschaftspoliti-

schen Rahmenbedingungen zu verzeichnen. Im Vergleich zum Herbst 2024 steigt dieses Risiko bei den befragten Unternehmen um sieben Prozentpunkte (Herbst 2025: 64 Prozent / Herbst 2024: 57 Prozent). Dazu zählen fehlende Planbarkeit, politischer Stillstand,

mangelnde Stabilität sowie unklare Rahmenbedingungen. Im Vergleich zum Vorjahr steigt der Wert in allen drei Wirtschaftsbereichen an, am deutlichsten im Handel (plus zehn Prozentpunkte).

Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen als Risiko für die wirtschaftliche Entwicklung

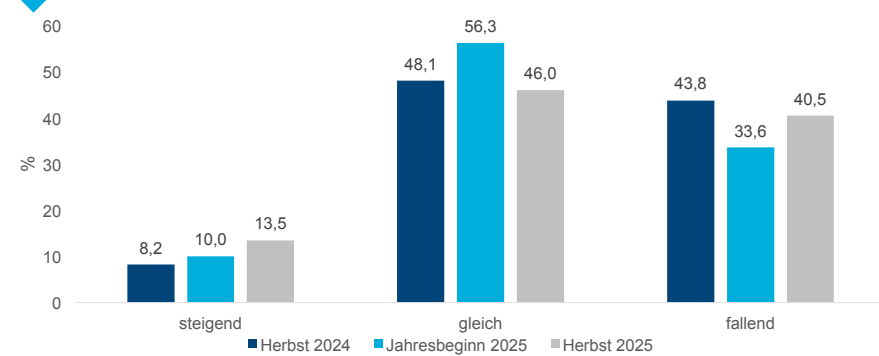


Industrie

Die Industrieunternehmen bewerten die Geschäftslage positiver als vor einem Jahr: Ein Viertel der befragten Betriebe stuft die aktuelle Situation als gut ein (Herbst 2025: 25 Prozent / Herbst 2024: 22 Prozent). 46 Prozent geben eine stabile Situation an (Herbst 2024: 50 Prozent). Weniger als ein Drittel der Befragten sehen eine schlechte Geschäftslage.

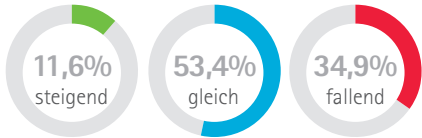
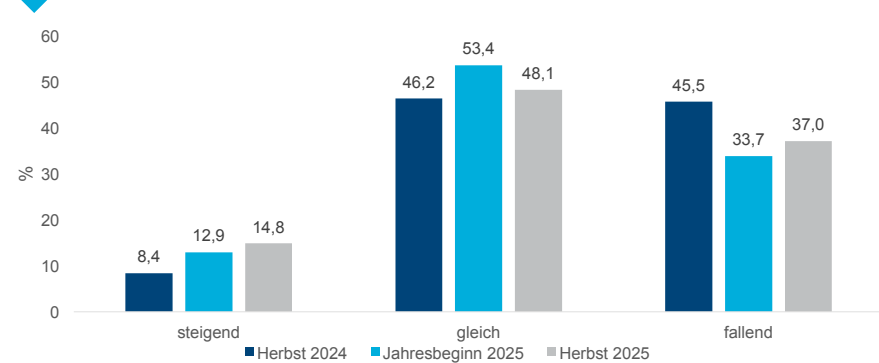
Bei den Geschäftserwartungen gehen 62 Prozent von stabilen Verhältnissen aus, was einem Plus von rund zehn Prozentpunkten im Vorjahresvergleich entspricht. Der Anteil der Unternehmen, die negative Geschäftserwartungen haben, sinkt um rund sieben Prozentpunkte und liegt bei 24 Prozent. Für den Industriesektor stellen die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen das größte

Auftragseingänge – Inland



Risiko dar (Herbst 2025: 66 Prozent / Herbst 2024: 60 Prozent), gefolgt von einer schwachen Inlandsnachfrage (62 Prozent). Leichte prozentuale Rückgänge gibt es im Vorjah-

Auftragseingänge – Ausland



So bewertet die Industrie die Exporterwartungen

resvergleich bei den Risiken Fachkräftemangel sowie den Energie- und Rohstoffpreisen. Bei den Auftragseingängen gehen die Un-

ternehmen im Vorjahresvergleich sowohl im Inland als auch im Ausland von einer leicht steigenden Auftragslage aus.

Handel

36%

der Handelsunternehmen
sehen eine schlechte
Geschäftslage

Wie bereits im Vorjahr ist die Stimmung der Handelsunternehmen im Branchenvergleich am schlechtesten. Lediglich elf Prozent sind mit der aktuellen Geschäftslage zufrieden. Das entspricht einem Minus von sechs Prozentpunkten im Vergleich zum Herbst 2024. Mehr als ein Drittel (36 Prozent) stuft die wirtschaftliche Lage als schlecht ein. Dies sind acht Prozentpunkte mehr als im Vorjahr. Bei den Geschäftserwartungen zeigt sich für den Handel eine leicht stabilisierende Tendenz. So rechnen 61 Prozent mit stabilen Geschäften (Herbst 2024: 53 Prozent). Zudem sinkt der Anteil der Handelsunternehmen, die negative Geschäftserwartungen einkalkulieren (Herbst 2025: 30 Prozent / Herbst 2024: 38 Prozent).

Die Unzufriedenheit mit den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen steigt weiterhin an und liegt bei 66 Prozent. Das ist eine Zunahme von rund zehn Prozentpunkten im Vorjahresvergleich. Lediglich das Risiko einer schwachen Inlandsnachfrage wird mit 69 Prozent höher bewertet.

Der Fachkräftemangel im Handelssektor ist für die Befragten ein sinkender Unsicherheitsfaktor (Herbst 2025: 47 Prozent / Herbst 2024: 55 Prozent), während hohe Arbeitskosten von 56 Prozent der Befragten als Risiko für die wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens gesehen werden (Herbst 2024: 45 Prozent). Betriebe aus dem Großhandel stufen die Geschäftslage deutlich schlechter ein als vor einem Jahr. Hier steht ein Plus von neun Prozentpunkten (Herbst 2025: 40 Prozent / Herbst 2024: 31 Prozent). Nur jedes zehnte Unternehmen im Großhandel sieht eine gute Geschäftslage. Die Unzufriedenheit mit den politischen Rahmenbedingungen liegt bei 74 Prozent (Herbst 2024: 65 Prozent). Im Einzelhandel erwarten fast die Hälfte aller Befragten sinkende Umsätze. Die bestimmenden Risiken für die Unternehmen sind die Inlandsnachfrage sowie Arbeitskosten. Aufgrund des Fachkräftemangels gehen rund 70 Prozent in den kommenden Jahren von steigenden Arbeitskosten im Einzelhandel aus.

Dienstleistungen

62%

des Dienstleistungssektors
sind unzufrieden mit
den politischen Rahmen-
bedingungen

Im Dienstleistungssektor bewerten deutlich weniger Unternehmen die Geschäftslage positiv als im Vorjahr. Hier ist ein Minus von fünf Prozentpunkten erkennbar (Herbst 2025: 24 Prozent / Herbst 2024: 29 Prozent). Mehr als jeder zweite Betrieb stellt eine stabile Geschäftslage fest. Ähnliche Tendenzen verzeichnet die Dienstleistungsbranche bei den Geschäftserwartungen. Im Jahresvergleich blicken rund vier Prozent weniger Unternehmen optimistisch in die Zukunft (Herbst 2025: 15 Prozent / Herbst 2024: 19 Prozent). Über 60 Prozent der Befragten gehen von stabilen Geschäften aus.

Im Vorjahresvergleich steigt auch in dieser Branche die Unzufriedenheit mit den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen: Mit 62 Prozent ist dies gleichzeitig das größte Risiko für die ökonomische Entwicklung der Betriebe und entspricht einer Zunahme von rund sieben Prozentpunkten.

Hinzu kommen Fachkräftemangel, Inlandsnachfrage sowie Arbeitskosten.

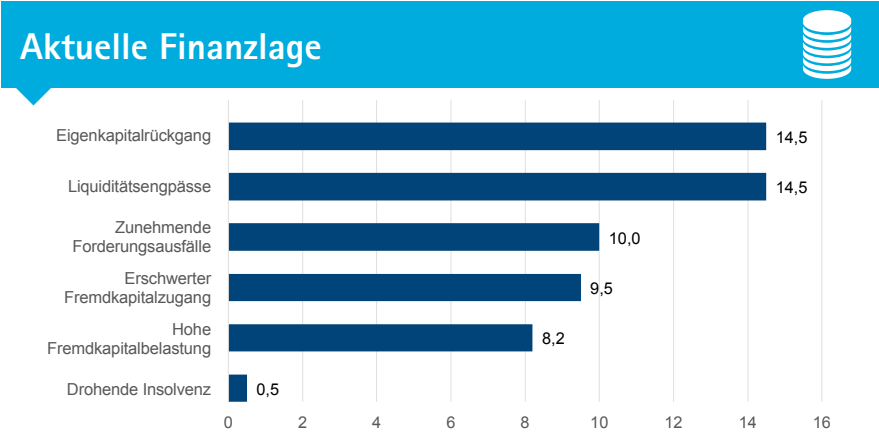
Beim Gastgewerbe geben ein Viertel der befragten Betriebe eine schlechte Geschäftslage an und jedes zweite Unternehmen geht von sinkenden Umsätzen aus. Das mit Abstand höchste Risiko für die Gastronomie sind hohe Arbeitskosten (Herbst 2025: 86 Prozent / Herbst 2024: 76 Prozent). Im Sektor Verkehr und Logistik kalkulieren rund 38 Prozent verringerte Umsätze ein (Herbst 2024: 33 Prozent). Die Unternehmen dieser Branche sehen die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen sowie eine schwache Inlandsnachfrage als größte Unsicherheitsfaktoren für die eigene wirtschaftliche Entwicklung. Zudem verzeichnet das Risiko der Arbeitskosten im Vorjahresvergleich einen hohen Anstieg (Herbst 2025: 59 Prozent / Herbst 2024: 47 Prozent).

Finanzlage

Im Vorjahresvergleich ist die Finanzlage der Ruhrwirtschaft etwas angespannter. Gleichwohl geben 70 Prozent der Unternehmen eine problemlose Finanzsituation an (Herbst 2024: 73 Prozent). In den vergangenen zwölf Monaten hat sich einerseits der Zugang zu Fremdkapital leicht erschwert, andererseits empfinden die Betriebe die Fremdkapitalbelastung höher als im Vorjahr.

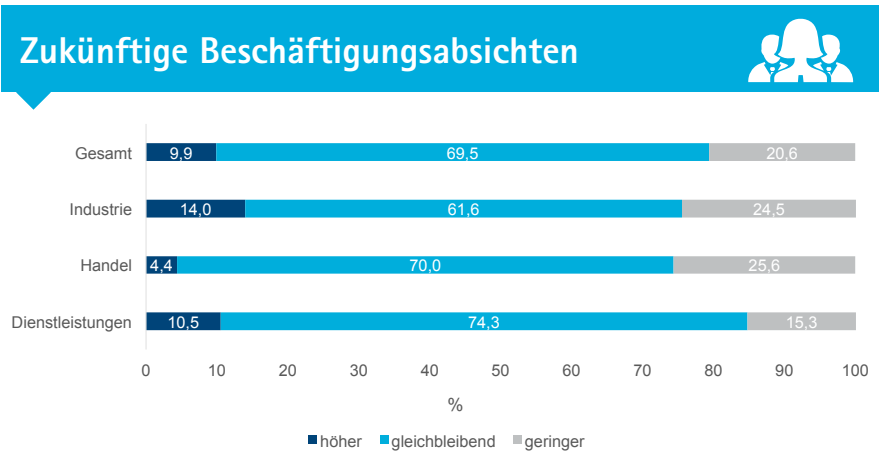
Beim Vergleich der drei einzelnen Sektoren verzeichnen Großteile aus Handel (74 Prozent) und Dienstleistung (69 Prozent) keine finanziellen Schwierigkeiten. Rund 66 Prozent der Industriebetriebe geben ebenfalls eine problemlose Finanzlage an – das sind

zehn Prozentpunkte weniger als im Vorjahr. Jedes fünfte Unternehmen aus dem Industriesektor sieht sich mit Liquiditätsengpässen konfrontiert.



Zukünftige Beschäftigungsabsichten

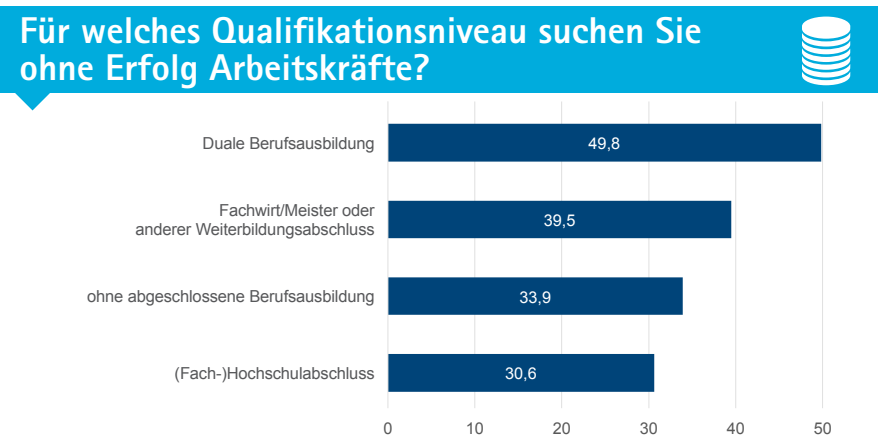
Rund 70 Prozent der Unternehmen planen in diesem Jahr keine personellen Veränderungen. Branchenübergreifend plant jeder zehnte Betrieb einen Personalausbau. Dies trifft auch auf den Dienstleistungssektor zu, was einem Rückgang von rund sechs Prozentpunkten entspricht (Herbst 2025: elf Prozent / Herbst 2024: 17 Prozent). Gesamtwirtschaftlich plant jeder fünfte Betrieb, Stellen abzubauen oder nicht neu zu besetzen. Dies entspricht dem Vorjahresniveau. Im Industriesektor rechnet ein Viertel der Unternehmen mit Stellenabbau.



Arbeits- und Fachkräftemangel

Ein Schwerpunkt der Konjunkturumfrage lag auf dem Thema Fachkräftemangel. Nahezu die Hälfte aller Unternehmen nennt diesen als wirtschaftliches Risiko für die eigene Entwicklung. Mehr als ein Drittel der Betriebe berichten zudem, dass sie derzeit offene Stellen langfristig nicht besetzen können. 44 Prozent geben keinen aktuellen Personalbedarf an.

Branchenübergreifend ist der Fachkräftemangel im Dienstleistungssektor am deutlichsten. Fast 40 Prozent der Befragten melden Schwierigkeiten bei der Besetzung offener Stellen. Gut ein Viertel der Industriebetriebe sehen in diesem Bereich keine Probleme.

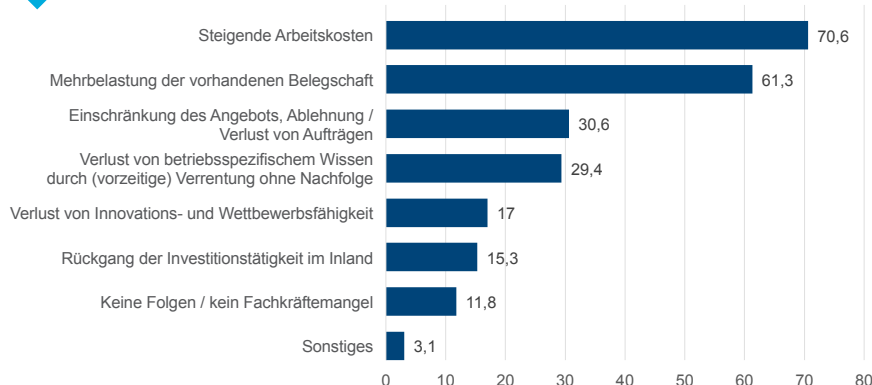


Rund die Hälfte der Ruhrwirtschaft sucht Mitarbeitende mit dem Qualifikationsniveau „Duale Berufsausbildung“, gefolgt von Arbeitskräften mit „Fachwirt/Meister oder anderem Weiterbildungsabschluss“ (40 Prozent). Das verdeutlicht den hohen Stel-

lenwert der dualen Berufsausbildung. Eine rückläufige Tendenz zeigt sich beim Qualifikationsniveau „(Fach-) Hochschulabschluss“

(Herbst 2025: 31 Prozent / Herbst 2024: 37 Prozent). Ein Drittel suchen Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung.

Welche Folgen erwarten Sie in den kommenden Jahren durch Arbeits- und Fachkräftemangel?



Die Unternehmen rechnen mit unterschiedlichen Folgen bedingt durch den Arbeits- und Fachkräftemangel. In allen Branchen wird vor allem von steigenden Arbeitskosten ausgegangen, was sich im Gesamtergebnis von 71 Prozentpunkten widerspiegelt. Mehr als die Hälfte befürchtet eine Mehrbelastung der vorhandenen Belegschaft (61 Prozent). Fast jeder dritte Betrieb sieht im Zuge des Fachkräftemangels das Risiko, Aufträge zu verlieren sowie das eigene Angebot einzuschränken. Ebenfalls knapp 30 Prozent erwarten den Verlust von betriebspezifischem Wissen durch (vorzeitige) Verrentung ohne Nachfolge.

Das fordern die Unternehmen aus dem Ruhrgebiet:



Politische Konstanz nach den Wahlen

Nach den vorgezogenen Bundestagswahlen im Februar sowie den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen brauchen die Unternehmen im Ruhrgebiet vor allem Stabilität und Planungssicherheit. Die hohe Unzufriedenheit mit den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen ist ein eindringliches Warnsignal. Politik sollte sowohl auf kommunaler als auch auf Bundesebene für Planbarkeit und Verlässlichkeit sorgen. Das sind zentrale Grundpfeiler für wirtschaftliches Wachstum. Und dieses Wachstum ist nach drei Jahren der Rezession von enormer Relevanz – für die Zukunft der gesamten Ruhrwirtschaft sowie den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Mehr Flächen aktivieren

Nur wenn Vorhabenträger geeignete und kurzfristig verfügbare Flächen finden, investieren sie. Der anhaltende Flächenmangel

im Ruhrgebiet steht dem entgegen. Die Kommunen müssen dringend in die Lage versetzt werden, mehr altindustrielle Flächen aufbereiten und zu bezahlbaren Preisen auf den Markt bringen zu können. Aufgrund der bestehenden Rahmenbedingungen reichen die bisherigen Anstrengungen nicht aus. Alle Kommunen der Region brauchen mit dem Fokus auf Flächenrevitalisierung bessere Kooperations-, Planungs- und Finanzierungsmöglichkeiten. Denn: Neue Flächen schaffen Raum für neue Technologien und attraktive Arbeitsplätze.

Das volle Arbeits- und Fachkräftepotenzial heben

Der Kampf gegen den Fachkräftemangel beginnt mit guter Bildung. Die Kommunen sind verantwortlich, gute Voraussetzungen dafür zu schaffen. Darüber hinaus ist ein besseres Betreuungsangebot für Kinder der Schlüssel, die Erwerbsbeteiligung von jungen Eltern zu

steigern. Die Stärkung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie der Inklusion erhöht das Erwerbspotential. Auszubildenden sollte zudem bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung stehen und Zugewanderte intensiver für eine Erwerbstätigkeit vorbereitet und motiviert werden.

Erhalt und Ausbau der Mobilitätsinfrastruktur

Wirtschaft muss erreichbar sein. Verlässliche Verkehrsverbindungen sind die Basis für alle Produktionsprozesse. Mitarbeitende, Dienstleisterinnen und Dienstleister, sowie Kundinnen und Kunden müssen die Betriebe und den Einzelhandel erreichen können. Im Ruhrgebiet fungieren die Autobahnen wie innerstädtische Straßen und entlasten das nachgelagerte Netz. Der Erhalt und Ausbau der Autobahnen, Brücken und kommunalen Straßen ist deshalb zentral für den wirtschaftlichen Erfolg der Region.

Impressum

115. Konjunkturbericht der Industrie- und Handelskammern im Ruhrgebiet
(IHKs zu Dortmund, zu Duisburg, zu Essen, Mittleres Ruhrgebiet, Nord Westfalen)

Redaktion: Steffen Elsebrock

Herausgeber: Industrie- und Handelskammer für Essen, Mülheim an der Ruhr, Oberhausen zu Essen
(Federführung 2025)

Industrie- und Handelskammer für Essen, Mülheim an der Ruhr, Oberhausen zu Essen
Am Waldthausenpark 2
45127 Essen

 <https://www.ihk.de/meo/>